

Die brennendste Aufgabe der Partei: Die Organisierung des Kampfes der Arbeiterklasse gegen die Offensive des Kapitals

Von der Streikpropaganda zur Führung der Streiks in der Tat

In seiner letzten Sitzung hat das Politbüro des Zentralkomitees der Kommunistischen Partei zu den gegenwärtigen Aufgaben der Partei Stellung genommen. Nach einem gründlichen Referat des Genossen Hermann Neumeyer und nach ausführlicher Diskussion stellte das Politbüro in seinen Beschlüssen, die wir im nachfolgenden veröffentlichten, fest: die brennendste Aufgabe der Partei in der gegenwärtigen Situation ist die Organisierung der Streikämpfe der Arbeiter, die Organisierung des Kampfes der Arbeiter in jedem Betrieb gegen jeden Gewaltact des Unternehmers, die Organisierung der Kampftatmung jeder Gruppe des Proletariats in den Betrieben wie auch in den realitären Gewerkschaften, der Übergang von der Streikpropaganda zur Führung der Streiks der Arbeiter in der Tat.

Die Beschlüsse des Politbüros enthalten eine ernsthafte Kritik unserer bisherigen Arbeit auf diesem Gebiete. Sie enthalten rückhaltlos die Schwächen der Partei und ihre Mängel in der Betriebsarbeit und in der Arbeit in den

reaktionären Gewerkschaften. Nur bei Überwindung dieser Schwächen und der Liquidierung aller opportunistischen Maßnahmen und Abweichungen in der Partei wird es möglich sein, die gestellten Aufgaben durchzuführen. Deshalb müssen alle Parteilegalisationen, von den Bezirksleitungen bis zu den Betriebsgruppen und Straßenzellen, die Beschlüsse des Politbüros gründlich durcharbeiten.

Diese Beschlüsse und Direktive zum Handeln nicht nur die Parteileitungen, sondern jeder einzelne Kommunist ist für die Durchführung dieser Beschlüsse verantwortlich. Jedes Parteimitglied ist verpflichtet, dafür zu sorgen, daß diese Beschlüsse in der Tat und durch die Parteileitungen durchgeführt werden. Es kommt darauf an, daß die Partei jetzt in ihrer Gesamtheit eine solche Wendung zur Organisierung der Streikämpfe der Arbeiter durchführt, "daß das Proletariat in der Tat zum Führer der Volksrevolution wird."

Deutschnationalen und die Nationalsozialisten unter der Führung Hugenberg und Hitlers unter der Lofung "Kampf gegen die sozialdemokratische Gefahr" ihre Bereitschaft zur Teilnahme an der Regierung, zur Durchführung des Programms der "nationalen Selbsthilfe", der geistiger Ausdeutung, Ausplunderung und Unterdrückung der arbeitenden Massen erklären und die faschistischen Mörderorganisationen ihren Terror gegen die Arbeiterklasse verstärken.

Die Sozialdemokratie und die reformistische Gewerkschaftsbürokratie erweitert sich gegenwärtig als die Hauptkraft, die der Bourgeoisie hilft, ihre faschistische Diktatur zu verwirklichen und das Lebensinteresse des Arbeiters zu lenken. Die Sozialdemokratie und die reformistische Gewerkschaftsbürokratie sind direkte Verbündete des Faschismus. Die Gefahr, die die Sozialdemokratie für die Arbeiterklasse bedeutet, besteht darin, daß sie mittels ihres organisierten Einflusses den Kampf der Arbeiter gegen den Lohnraub auf breiterer Grundlage verhindert, daß sie die Gewerkschaften, die wichtigste Waffe des Klassenkampfes des Proletariats, in ein Werkzeug für die Durchführung der Politik der Bourgeoisie und zur Rettung des Kapitalismus umgewandelt hat, und in den Kämpfen des Proletariats als Streitbrecher und als Schutzpolizei der Bourgeoisie auseilt.

Der Kongress der ADGB-Gewerkschaften Anfang September in Frankfurt am Main war

ein Kongress gegen die Arbeiterklasse

Auf diesem Kongress wurde nicht der Widerstand und die Gegenoffensive der Arbeiterklasse gegen die Offensive der kapitalistischen Lohnräuber, nicht der Kampf der Arbeiterklasse zur Ablösung des bankrotten kapitalistischen Systems und der Kampf um die Errichtung der sozialistischen Wirtschaft unter der Herrschaft der Arbeiterklasse organisiert, organisiert wurde die Hilfe für die Kapitalisten, auf dem Rücken der immer tiefer ins Elend sinkenden Massen die kapitalistische Kette zu überwinden. Der Charakter dieses Kongresses als ein Kampfkongress gegen die Arbeiterklasse wird erhärtet durch das Auftreten Stegerwalds, der als Minister im Auftrage der Brünningregierung unter dem Befall der Gewerkschaftsbürokratie das Programm des Bourgeoisie zu noch brutalerer Ausbeutung der Arbeiterklasse verkündet. Die strategische Hauptaufgabe, die sich die reformistische Gewerkschaftsbürokratie auf diesem Kongress stellt, ist die Rettung des Kapitalismus, die Verhinderung der proletarischen Revolution. Die Rettung des Kapitalismus ist nur möglich, wenn das Proletariat still hält". Die SPD- und reformistischen Gewerkschaftsführer haben sich als die Garanten und Organisationen der Stillhaltung des Proletariats verpflichtet.

Die bedingungslose Unterstützung der Politik der Bourgeoisie, die "Tolerierung" der Brünningregierung, die von den reformistischen Gewerkschaftsführern auf dem ADGB-Kongress öffentlich verkündet wurde, ist die aktive Mitarbeit und Hilfe bei der Durchführung des Lohnraubs, des Raubes der Erwerblosenunterstützung, der verstärkten Ausbeutung, Ausplunderung und Unterdrückung des arbeitenden Volkes.

Gleichzeitig versuchen die Sozialdemokratie und die reformistische Gewerkschaftsbürokratie, das System des Vertrags und der Erfüllung der Massen fortzuführen. Die Politik der Unterstüzung der Bourgeoisie wird begleitet von antikapitalistischen Phrasen und "forderungen" nach "Bankenkontrolle", "Regelung und Verbindung der Kredite durch den Staat", als der Weg, der den Kapitalismus erhalten und aus der Krise des kapitalistischen Systems herausführen soll.

Während die Nationalsozialisten die von der Brünningregierung angekündigten Bankenaufschlüsse als die Erfüllung einer ihrer Forderungen begrüßen, versucht die Sozialdemokratie, diese Maßnahme, die in Wirklichkeit nur eine weitere Verstärkung der Machtstellung der wichtigsten Gruppen des Finanzkapitals ist, in einen "Sieg des sozialistischen Prinzips" umzufälschen. Das zeigt nicht nur den völligen ideologischen, theoretischen Bankrott der Sozialdemokratie,

das enthüllt auch zugleich ihre enge ideologische Verbundenheit mit den Theorien des Haltenkreuzfascismus.

III.

Die rasche Zuspaltung der Krise, der wachsende Einfluß der Kommunistischen Partei und die steigende Aktivität der Massen bedeuten ein weiteres Heraurollen der Bedingungen der revolutionären Krise.

In der gegenwärtigen Lage in Deutschland kommt nunmehr alles an auf die richtige Stellung der

Programm der „nationalen Selbsthilfe“

Ist das Programm der geistigen Ausdeutung, Ausplunderung und Unterdrückung des arbeitenden Volkes, die Verhinderung des gewöhnlichen Maß überlegenden Not und des Elends der Massen; das Programm des radikalsozialen Lohnraubs, des zahlenhaften Abbau aller sozialen Unterstützungen für die Gewerkschaften und die Opfer der Arbeit und des Krieges, die Liquidierung aller sozialen Entwicklungen, Kürzung oder Streichung fast aller Ausgaben für soziale und kulturelle Zwecke in Reich, Ländern und Gemeinden, das Programm des geistigen Dumpings auf dem Weltmarkt, des Lohnraubs und der gänzlichen Ausplunderung und Verarmung der mittelständischen Existzenzen.

Um ihr Programm durchzuführen zu können, versucht die Bourgeoisie, die Kommunistische Partei und die revolutionäre Arbeiterbewegung durch Verfolgung und Unterdrückung zu zerstören. Diese Aufgabe wird von der Brünningregierung leicht mit der Einziehung von Sondergerichten gegen das revolutionäre Proletariat in Angriff genommen, während die sozialdemokratische Brünningregierung, die sozialdemokratischen Polizeiprääsidenten, systematisch die kommunistische Presse verbieten und das Verbot der Kommunistischen Partei vorbereiten.

Die Sozialdemokratie und die Führer der reformistischen Gewerkschaften als

soziale Haupftüre der Brünning-Diktatur

verlieren bei der weiter fortlaufenden, in schnellem Tempo sich vollziehenden Revolutionierung der Massen, bei einer weiteren richtigen Politik der Kommunistischen Partei zur Organisierung nicht nur des Widerstandes der Massen, sondern des Gegenangriffs gegen das Brünning-System, in steigendem Maße die Fähigkeit, die entscheidende Schlagwaffe des Kapitalismus zu sein. Daraus ergibt sich für die Bourgeoisie die Notwendigkeit der Konzentrierung aller Kräfte gegen die drohende Gefahr der proletarischen Revolution.

Unter der Lofung der „nationalen Notgemeinschaft“ fordern deshalb entscheidende Teile der Bourgeoisie (Schwerindustrie, Großhändler) die Erweiterung der Basis der Brünning-Diktatur durch die Heranziehung der Deutschen Nationalen und der Nationalsozialisten in die Regierung, während gleichzeitig die

Kampfaufgaben für die revolutionäre Klassenfront

Bei einer richtigen Gesamtpolitik der Partei ist es ihr nicht gelungen, die Lohnabbaufront und den Angriff auf den Lebensstandard der Arbeiterklasse durch die Brünningpolitik und durch das Unternehmertum abzuwehren und den Angriff der Bourgeoisie mit der Gegenoffensive zu beantworten, wie das z. B. durch den Kampf zehntausender Arbeiter in Polen oder England konnte ausgelöst werden.

Das Unvermögen, den Generalangriff der Unternehmer mit dem Streik zu beantworten und dadurch zugleich auch die schändliche Streitkriegerische Tätigkeit der SPD- und der reformistischen Gewerkschaftsbürokratie unschädlich zu machen, ist die größte Schwäche der Partei. Die Ursachen dafür sind:

Die Parteileitungen waren nicht die Organisatoren des Unternehmens und des Streiks gegen die Angriffe auf den Lebensstandard der Arbeiter. Es ist ein erhebliches Nachlassen des Partei-, Unterbezirks- und Ortsgruppenleitungen in der Beziehung mit den Streiklämpchen, Tarifvertragsänderungen usw. festzustellen. Ebenso losgelöst waren die Parteileitungen von den

Organisierung der Bewegung der Erwerblosen, von der Koordinierung dieser Bewegung mit jener der Betriebsarbeiter, was ebenfalls dazu mit beiträgt, daß es der Partei nicht gelang, Streiks auszulösen.

In den Betrieben glaubten häufig unsere Betriebszellen, die Mobilisierung der Belegschaften zum Widerstand gegen Lohnabfälle der AGO-Gruppe überlassen zu können, anstatt gemeinsam mit den AGO-Gruppen, wobei die Betriebszellen die Führung haben müssen, diese Aufgaben zu erfüllen.

Dieses Verlügen bei der Durchführung unserer Kampfaufgaben ist teilweise dadurch verursacht, daß in vielen Betrieben und Parteizellen die falsche opportunistische Auflösung entstand, daß mit dem Entstehen einer selbständigen AGO-Bewegung die Führung des Streiklämpchen nicht mehr Aufgabe der Partei, sondern ausschließlich der AGO ist. Aus dem gleichen Grunde ist eine grobe Vernachlässigung der Aufmerksamkeit des Parteipräses für die in der gegenwärtigen Periode entstehenden Kampfaufgaben festzustellen.

Die Gegenüberstellung: die Partei führt die politischen, die

Die Durchführung der Direktiven des V. RGO-Kongresses:

Schaffung einer von oben bis unten selbständigen revolutionären Gewerkschaftsbewegung des Proletariats, ist in Angriff genommen. Die Revolutionäre Gewerkschafts-Opposition hat sich unter Führung der Kommunistischen Partei schon jetzt zur größten Massenorganisation nach der Kommunistischen Partei entwickelt. Die RGO beginnt, der Bourgeoisie und der sozialvertrüterischen Bürokratie der reformistischen Gewerkschaften bei der Durchführung der arbeiterfeindlichen Ausplunderungspolitik entscheidende Hindernisse zu bereiten. Das selbständige Auftreten der RGO, die Organisierung der Streikbewegungen in einer Reihe von Berufen durch die RGO verhinderte, daß die Bourgeoisie und die Großgrundbesitzer den geplanten Lohnraub in vollem Umfang durchführen konnten.

Der Kommunistischen Partei ist es gelungen, den entschlossenen Kampf der Arbeiterklasse gegen den Terror der nationalsozialistischen Sturmabteilungen erfolgreich zu entfalten. Durch die Einhaltung des revolutionären Klassenkampfes wird es gelingen, das weitere Wachsen der faschistischen Bewegung aufzuhalten, die Faschisten in den Industriezentren zu verdrängen und ihren Einfluß auf die kleinbürgerlichen, besonders auf die bauerlichen Massen zu erschüttern.

Da die Nazis besonders in den Millionenstädten der Mittelboden und unteren Beamten noch einen starken Rücken haben, muß eine radikale Wendung zur Führung ihrer Wirtschaftskämpfe in Betrieb und Gewerkschaft durchgeführt werden.

Durch die Übernahme der Führung des Volksentscheids-

Erfüllung einer roten Volksentscheidsbewegung

wenn die reaktionäre sozialdemokratische Brünningregierung bestrebt ist, die Partei nicht nur den Hauptantrag der